

Frühstart des »Eurokommunismus«? Das Experiment der KPÖ und die Konferenzen westeuropäischer kommunistischer Parteien im Kontext der europäischen Reformkommunisten der 1960er-Jahre

I. Reform- oder »Eurokommunismus«?

Die Vorgeschichte des »Eurokommunismus« – wenn man sich dieser Chiffre bedienen will – stellt nach wie vor ein bedeutendes Desiderat der internationalen Kommunismusforschung dar, insbesondere, wenn man diese aus einer gesamteuropäischen Perspektive betrachtet. Bei dem Begriff »Eurokommunismus« selbst handelt es sich um eine Fremdzuschreibung, die allerdings auch von führenden westeuropäischen Reformkommunisten übernommen wurde, deren Haltungen und Vorstellungen jedoch so vielfältig waren, dass es irreführend wäre, von einer homogenen »eurokommunistischen« Bewegung zu sprechen.¹ Daher stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, von Reformkommunisten² zu sprechen und danach zu fragen, welchen Zwecken und Zielen die jeweiligen nationalen Ansätze dienten, wie dies von der klassischen »Eurokommunismus«-Forschung bereits getan wurde.³ Die Notwendigkeit einer Reform der sozialistischen Staaten und des internationalen Umgangs unter Kommunisten und kommunistischen Parteien

- 1 Für die besten Zusammenfassungen zum »Eurokommunismus« siehe: Silvio Pons: The rise and fall of Eurocommunism, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hg.): The Cambridge History of The Cold War, Bd. III: Endings, Cambridge 2010, S. 45–65; Nikolas Dörr: Emanzipation und Transformation. Rückblick auf den Eurokommunismus, in: Osteuropa 63 (2013), H. 5/6, S. 255–270.
- 2 Zur seither von jüngeren Forschungen häufig aufgegriffenen und weiterdiskutierten Begrifflichkeit siehe: Michel Dreyfus u. a. (Hg.): Le Siècle des Communismes [Das Jahrhundert der Kommunisten], Paris 2000. Ich danke Silvio Pons für die anregenden Gespräche zur Thematik des Artikels. Einzelne Thesen habe ich ausgehend vom Konflikt zwischen KPÖ und SED bereits andernorts angedacht. Siehe Maximilian Graf: The Rise and Fall of »Austro-Eurocommunism«. On the »Crisis« within the KPÖ and the Significance of East German Influence in the 1960s, in: Journal of European Integration History 20 (2014), H. 2, S. 203–218.
- 3 Am Beispiel der Disidenz: Valentine Lomellini: Les relations dangereuses. French Socialists, Communists and the Human Rights Issue in the Soviet Bloc, Brüssel 2012; dies.: L'appuntamento mancato. La sinistra italiana e il Dissenso nei regimi comunisti (1968–1989) [Das verpasste Treffen. Die italienische Linke und der Dissens in den kommunistischen Regimen (1968–1989)], Milano 2010. Mit Blick auf die Zentralität der Détente: Maud Bracke: Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis, 1968, Budapest/New York 2007. Die Autorin geht in ihrer Pionierstudie auch ausführlich auf die Zeit vor 1968 ein, diese Passagen sind aber nur selten primärquellenbasiert.

(KPs) war spätestens ab 1956 (nach der Geheimrede Chruschtschows und den Aufständen in Polen und Ungarn) offenkundig. Seither erfolgten diverse Schritte und Experimente. Seien es die »nationalkommunistischen« Sonderwege der polnischen und rumänischen Staatsparteien, die Formierungsphase des »Kádárismus« in Ungarn, der »Prager Frühling« (dem ein jahrelanger Prozess in der Tschechoslowakei voranging) oder eben die westeuropäischen Diskussionen, Interaktionen und Re-Positionierungen. Die Folgen des transnationalen Dominoeffekts des Jahres 1956 waren in den westeuropäischen KPs höchst unterschiedlich. Erste Resultate waren nicht nur die Polyzentrimus-These des italienischen Parteiführers Palmiro Togliatti, sondern auch weitere Abweichungen von der bis dahin verfolgten Nibelungentreue gegenüber Moskau. Als frühe Beispiele könnten die schwedische⁴ und die niederländische KP dienen. Es ist bezeichnend, dass der Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens, PCI), der einer Öffnung der Bewegung für alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte (*allargamento*) das Wort redete, dem sowjetischen Plan einer Neuauflage des Kominform, in welcher Art auch immer, zumindest sehr reserviert gegenüberstand.⁵ Dennoch gelang es der KPdSU, 1957 eine Weltkonferenz einzuberufen und auf dieser ein letztes Mal ein größtmögliches Maß an »Einheit« zu demonstrieren – auch wenn die Differenzen in der sogenannten Weltbewegung bereits offenkundig waren.⁶ Trotz des Wiederaufflammens des »Glaubens«⁷ an die Überlegenheit des Sozialismus sowjetischer Prägung im »Sputnik-Zeitalter«, war dies mit dem Fortschreiten des sino-sowjetischen Bruchs anlässlich der nächsten Weltkonferenz 1960 endgültig nicht mehr möglich.⁸ Während zahlreiche westeuropäische Parteien – obwohl diese Entscheidung mitunter eine innerparteiliche Zerreißprobe darstellte – weiterhin der Moskauer Linie folgten, zielte der PCI (um nur das prägnanteste Beispiel zu nennen) auf einen Erhalt der »Einheit der Bewegung« ab. Zwar wurde gegen die chinesischen Positionen offen polemisiert, es galt aber, einem endgültigen Bruch entgegenzuwirken, weshalb der PCI eine erneute Weltkonferenz, auf der die KPdSU mit der chinesischen KP abrechnen wollte, nun offen ablehnte.⁹ Zur gleichen Zeit kam auch erste offene Kritik an der Sowjetunion auf. Am Beispiel der Kommunis-

4 Siehe Charlotta Brylla: Die schwedische kommunistische Partei und der Eurokommunismus, in: Ulrich Mählert u. a. (Hg.): Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2010, Berlin 2010, S. 81–91.

5 Siehe Sitzung der Direktion des PCI, 8. Januar 1957, Archivio del Partito Comunista Italiano, Fondazione Istituto Gramsci/Archiv der Kommunistischen Partei Italiens (im Folgenden: APCI), Rom, fondo Mosca, MF 197, Pacco 17.

6 Siehe Natalja Tomilina u. a. (Hg.): Nasledniki Kominterna: Meždunarodnye soveščanija predstavitelej kommunističeskich i rabočich partij v Moskve, Nojabr 1957 [Die Nachfahren der Komintern: Die internationalen Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, November 1957], Moskau 2013.

7 Zur Begrifflichkeit des »Glaubens« siehe Thomas Kroll: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln/Weimar/Wien 2007.

8 Siehe Lorenz M. Lüthi: The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World, Princeton 2008.

9 Siehe Silvio Pons: The Italian Communist Party between East and West, 1960–64, in: Wilfried Loth (Hg.): Europe, Cold War and Coexistence 1953–1965, London 2004, S. 98–107.

tischen Partei Österreichs (KPÖ), die in der Haltung zur chinesischen KP trotz einiger innerparteilicher Auseinandersetzungen der sowjetischen Linie folgte, wird ersichtlich, dass sich frühe Kritik und Reformversuche keinesfalls nur auf die italienischen Kommunisten beschränkten, sondern es in diesem Zusammenhang sowohl westliche transnationale Interaktionen als auch Wechselwirkungen über den Eisernen Vorhang hinweg gab. Daher ist es notwendig, östliche ebenso wie westliche Entwicklungen im Blick zu behalten. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Kultur. Es zeigt, dass ein zentrales Merkmal des »Eurokommunismus« der 1970er-Jahre, nämlich die Fähigkeit und der Wille, die Sowjetunion (aus welchen Motiven auch immer) in gewissen Bereichen offen und öffentlich zu kritisieren, bereits in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre vorhanden war.

II. Kultur als Schlüssel zu offener Kritik an der Sowjetunion

Die infolge der Erschütterungen des Jahres 1956 auch in der KPÖ aufgekommene Fehlerdiskussion war rasch zugunsten der Einheit der Partei abgebrochen worden.¹⁰ Der moskautreue Teil der Parteiführung sah den XX. Parteitag der KPdSU eher als »Betriebsunfall« und wollte wie bisher weitermachen. Auch als die KPÖ bei den Wahlen 1959 aus dem Parlament flog, unterblieb die längst überfällige Erneuerung der Parteiführung. Eine solche hatte Franz Marek, der sich immer mehr zu einem Reformkommunisten entwickelte, im Politischen Büro gefordert. In den Folgejahren erfuhr das von ihm geleitete theoretische Organ der KPÖ namens *Weg und Ziel* eine inhaltliche Öffnung.¹¹ Der Schritt zur offenen und öffentlichen Kritik an der Sowjetunion vollzog sich, als es in der sowjetischen Kulturpolitik nach dem anfänglichen »Tauwetter« unter Chruschtschow zu einer rigiden antimodernistischen Kursänderung kam, die Anfang der 1960er-Jahre sichtbar und umgehend in Westeuropa thematisiert wurde.¹² In *Weg und Ziel* wurde unter Federführung Mareks eine Kritik geübt, die in ihrer Schärfe sogar die Publikationen der italienischen Kommunisten übertraf. Dies blieb auch den östlichen Bruderpar-

10 Siehe Manfred Mugrauer: Zwischen Erschütterung, neuer Offenheit und »Normalisierung«: Die KPÖ, der 20. Parteitag der KPdSU und die Ungarn-Krise 1956, in: Wolfgang Mueller/Michael Portmann (Hg.): Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, S. 257–297.

11 Zu Marek siehe Michael Graber: Franz Marek (1913–1979), in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen, 20 (2013), H. 2, S. 21 f.; Barbara Coudenrove-Kalergi: Zuhause ist überall. Erinnerungen, Wien 2013, S. 172–190. Für Mareks bisher unveröffentlichte Memoiren siehe Franz Marek: Erinnerungen, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (im Folgenden: DÖW), Bibliothek (Exil), Nr. 09475, 127 Blatt. Der Autor dieses Aufsatzes arbeitet gemeinsam mit Sarah Knoll im Rahmen des vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderten Projekts »Franz Marek: Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte« (Nr. P15-2080) an einer kommentierten Edition, die mit einer biografischen Skizze eingeleitet wird. Als Überblick zur Historiografie der KPÖ siehe Manfred Mugrauer: Die Kommunistische Partei Österreichs. Zum Stand der Forschung über die Geschichte der KPÖ, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2013, Berlin 2013, S. 211–234.

12 Vladislav Zubok: Zhivago's Children. The Last Russian Intelligentsia, Cambridge 2009, S. 219–225.

teien wie der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) nicht verborgen.¹³ Im Zusammenhang mit der Verhärtung der sowjetischen Kulturpolitik brachte Marek 1963 seinen »Stolz« auf die seitens der Sowjetführung kritisierten westeuropäischen kommunistischen Künstler (wie Picasso) zum Ausdruck und übte erstmals offen Kritik an der Sowjetunion, indem er staatliche Eingriffe »durch administrative Maßnahmen« als kontraproduktiv bezeichnete. Er plädierte »für eine fortschrittliche, humanistische Kunst« und »Geduld und Respekt gegenüber dem Suchen und Versuchen des Künstlers«.¹⁴ Hauptkritiker aus Österreich war aber definitiv Ernst Fischer, der mit seinen Ausführungen zur »Entfremdung« auf der Kafka-Konferenz in Liblice 1963 in Erscheinung trat, die nur einen Auftakt seiner fortan kontinuierlich vorgebrachten Kritik an der Kulturpolitik der sozialistischen Staaten bedeuteten und eine Phase des Konflikts zwischen der KPÖ und der SED einleiteten.¹⁵ Ost-Berlin reagierte höchst allergisch auf derartige Kritik aus westlichen Bruderparteien. Der einschlägige Konflikt mit der KPÖ ist aber ebenfalls im größeren Kontext zu betrachten, denn die SED-Führung trat auch vehement gegen ihren Ansichten zuwiderlaufende Entwicklungen in den sozialistischen Bruderstaaten auf. Während die SED 1963 daranging, die Kultur noch enger an die Kandare zu nehmen, begannen in der Tschechoslowakei Künstler und Intellektuelle die Staatspartei für die schleppende Entstalinisierung zu kritisieren, was diese duldete. So entstanden sukzessive Freiräume, die als Teil der Vorgeschichte des Prager Frühlings gesehen werden können. Die SED-Führung war dadurch nicht zuletzt aufgrund der möglichen Rückwirkungen auf die DDR-Szene beunruhigt, ging in die ideologische Offensive und kritisierte die Situation in der Tschechoslowakei.¹⁶ Die kulturellen Aushängeschilder der KPÖ begrüßten die offene und progressive Diskussion in der Tschechoslowakei und partizipierten in dieser gemeinsam mit anderen westeuropäischen kommunistischen Intellektuellen, wie Roger Garaudy, der dem Zentralkomitee (ZK) des Parti communiste français (Kommunistische Partei Frankreichs, PCF) angehörte. An der Kafka-Diskussion selbst waren die italienischen Kommunisten nicht direkt beteiligt, aber der PCI verfolgte die neue Offenheit der tschechoslowakischen Kulturdiskussion mit großem Interesse und die Parteiführung wurde mit einer wohlwollenden Darstellung informiert.¹⁷ PCI und SED pflegten in dieser Zeit zwar relativ entspannte Beziehungen, im Feld der Kultur waren die Dissonanzen aber unübersehbar. Nachdem Togliatti die sowjetische Kulturpolitik offen kritisiert

13 Siehe Information. Auffassungen leitender Genossen der KP Italiens und der KP Österreichs zu Fragen der Kultur, Berlin, 2. Juli 1963 (gelangte unter den Politbüro-Mitgliedern zur Verteilung), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin (im Folgenden: SAPMO-BArch) DY 30/IV A 2/20/508, Bl. 149–156, insb. Bl. 155.

14 Franz Marek: Kunstdiskussion, in: Weg und Ziel, 21 (1963), H. 6, S. 413–415.

15 Hierzu ausführlich Maximilian Graf/Michael Rohrwasser: Die schwierige Beziehung zweier »Bruderparteien«. SED, KPÖ, Ernst Fischer und Franz Kafka, in: Jochen Staadt (Hg.): Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten, Frankfurt a.M. 2013, S. 137–178, hier S. 154–163.

16 Dazu beispielsweise zusammenfassend Wolfgang Schwarz: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968, München 2004, S. 71–88.

17 Cecoslovacchia [Tschechoslowakei], Juni 1963, APCI, Serie Estero, MF 492, p. 2173–2180; Riservato [Geheim]. Cecoslovacchia [Tschechoslowakei], 7. Juni 1963, APCI, Estero, MF 492, p. 2181–2183.

hatte, zeigte sich Ost-Berlin »sehr perplex« und fragte, ob der italienische Parteiführer nun »zum Revisionismus zurückkehre«.¹⁸

Betrachtet man die Kulturdiskussion auf europäischer Ebene, muss man zweifelsohne das Jahr 1963 als eine Wegmarke zur Kritik der westeuropäischen KPs an den Entwicklungen in der Sowjetunion sehen. Das noch wichtigere Jahr stellt aber 1964 dar, in dem Togliattis Memorandum veröffentlicht und Chruschtschow abgelöst wurde. Das politische Testament des italienischen Kommunistenführers hatte seine von der Sowjetunion abweichende Position zur Lage der »Weltbewegung« zusammengefasst und u. a. den Polyzentrismus insbesondere mit Blick auf die kleineren westeuropäischen Parteien betont, die beispielsweise durch den sino-sowjetischen Konflikt in ihrem Kampf um innenpolitischen Einfluss behindert würden. Die Entmachtung Chruschtschows, der ursprünglich Hoffnung auf Veränderung geweckt hatte, traf große wie kleine westliche KPs erneut schwer, zumal sie von der Nachricht überrascht und über die Hintergründe nicht informiert worden waren. Noch vor dem Ableben Togliattis hatte Marek in *Weg und Ziel* betont, dass innerhalb der kommunistischen Bewegung gegebenenfalls auch Platz für öffentliche »kritische Stellungnahmen« sein müsse.¹⁹ Die SED verfolgte die Reaktionen von PCI und KPÖ auf die Absetzung Chruschtschows parallel und stellte bei den österreichischen Kommunisten größeres Unverständnis fest. Beide Parteien hatten die »Art und Weise« der Ablöse kritisiert.²⁰ Marek sah darin »die Gedankengänge Togliattis nur zu deutlich bestätigt«. Das Fehlen einer angemessenen Information und einer öffentlichen Diskussion war für ihn der Hauptkritikpunkt. Gleichzeitig wurde die Forderung an die sozialistischen Staaten nach einem entsprechenden »Anschauungsunterricht«, der die »Überlegenheit des Sozialismus« beweisen und auch im Westen glaubhaft machen würde, immer nachdrücklicher erhoben. Darin stimmte Marek mit den italienischen Kommunisten überein.²¹

Für die KPÖ stellte das Memorandum Togliattis das »entscheidende Kettenglied« auf dem Weg zu einer reformkommunistischen Neuausrichtung der Partei dar.²² Auf dem XIX. Parteitag der KPÖ 1965 erfolgte der Generationswechsel an der Parteispitze. Die dort verabschiedeten, von Marek verfassten und italienisch inspirierten Thesen gingen

18 Schreiben von Mirco Zappi, Berlin, 30. Mai 1963, Riservato [Geheim], APCI, Estero, MF 492, p. 2684–2687.

19 Franz Marek: Arbeiterbewegung und sozialistisches Staatensystem, *Weg und Ziel* 22 (1964), H. 6, S. 357–362.

20 Siehe Kurzinformation über die Stellungnahme der KPI zu den Veränderungen in der Partei- und Regierungsführung der Sowjetunion, Berlin, 24. Oktober 1964, SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/20/508, Bl. 470–472; Reaktion der KPÖ auf die Veränderungen in der sowjetischen Partei- und Regierungsführung, Berlin, 24. Oktober 1964, SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/20/508, Bl. 473–474.

21 Franz Marek: Nachlese zum Memorandum Togliattis, *Weg und Ziel* 22 (1964), H. 12, S. 720–724.

22 Leopold Spira: Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus, Wien/München 1979, S. 49–51. Während in diesem Aufsatz von der Reformphase der KPÖ gesprochen wird, wurde seitens der KPÖ später der Terminus »Parteikrise« gewählt. Siehe Manfred Mugrauer: Der »Prager Frühling« und die Parteikrise der KPÖ, in: Stefan Karner u. a. (Hg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, Bd. 1: Beiträge, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 1043–1061, hier S. 1046–1047.

mit Blick auf Fragen der »Autonomie und Demokratie« über alle bisher von westeuropäischen KPs beschlossenen Programme hinaus. Die Reformer hatten nun viel Einfluss und prägten die Printmedien der Partei. *Weg und Ziel* wurde auch zu einer internationalen Dialogplattform für kritische Diskussionen und reformkommunistische Ideen. Der Reformweg brachte die Partei zurück in das öffentliche Interesse, nicht nur auf der limitierten österreichischen Bühne, sondern auch in den linksintellektuellen Diskussionszirkeln in- und außerhalb der europäischen KPs. Die Beiträge von Fischer und Marek wirkten zudem in die theoretischen Diskussionen größerer Parteien wie dem PCI hinein. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Reformweg nicht der tatsächlichen Verfasstheit der Partei entsprach.²³ Dennoch gaben sich die Reformer »Illusionen« hin, die sich aus der Resonanz außerhalb des KPÖ-Apparats und seitens des neuen Parteivorstehenden Franz Muhri nährten, der um die Einheit der Partei bemüht war und sich entsprechend »zentristisch« positionierte. Die internationale Aufmerksamkeit war für Marek von großer Bedeutung, nicht nur in Italien, sondern auch in Ungarn, der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetunion. Es ging also nicht nur um westeuropäische Interaktionen, sondern auch um ein reformistisches Hineinwirken in die Staatsparteien, das wiederum den westeuropäischen KPs zugutekommen sollte. In einem Vortrag über »Probleme der kommunistischen Parteien Westeuropas« an der sowjetischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 1965 betonte er u. a.: »Wir sind in unserem Kampf für Demokratie und Sozialismus sehr auf den Anschauungsunterricht der sozialistischen Staaten angewiesen« – der eben zumeist nicht zum Vorteil der Kommunisten im Westen geriet. Zur »Diktatur des Proletariats« hielt er fest: »Wir sehen keinen Grund, bei einem wissenschaftlichen Begriff [sic!] zu beharren [sic!], der nicht verständlich ist, mißverständlich wirkt und unter den Bedingungen unserer Länder die größere Aufgabe erschwert, den Sozialismus als vollendete Demokratie zu propagieren.«²⁴ Die Arbeit in Westeuropa konnte unter den sowjetischen Dogmen nur leiden, weshalb das Streben mancher Vordenker und einiger westeuropäischer KPs nach Überwindung der innenpolitischen Isolation Fahrt aufnahm. Das markanteste Beispiel stellen mit Sicherheit die italienischen und die französischen Kommunisten dar, aber auch andere westeuropäische Parteien verfolgten dieses Ziel. Einige von ihnen wollten sich als »westeuropäische Kommunisten« untereinander abstimmen.²⁵

23 Siehe Walter Baier: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008, Wien 2008, S. 127–132; Spira: Versuch (Anm. 22), S. 49–59, 60–66 u. 74–77; Theodor Prager: Bekenntnisse eines Revisionisten. Mit einem Nachwort von Georg Eisler, Wien 1975, S. 186.

24 Marek: Erinnerungen, DÖW (Anm. 11), Bl. 106–110. Franz Marek: Probleme der kommunistischen Parteien Westeuropas, in: *Weg und Ziel* 23 (1965), H. 11, S. 660–672.

25 Hierzu mit Fokus auf PCI und PCF siehe Bracke: Which Socialism, Whose Détente? (Anm. 3), S. 83–130. Zu den Intellektuellendiskussionen zuletzt Marco Di Maggio: *Les Intellectuels et la stratégie communiste. Une crise d'hégémonie (1958–1981)* [Die Intellektuellen und die kommunistische Strategie. Eine Krise der Hegemonie (1958–1981)], Paris 2013; ders.: *Alla ricerca della Terza via al Socialismo. Il PC italiano e francese nella crisi del comunismo (1964–1968)* [Auf der Suche nach einem Dritten Weg zum Sozialismus. Die italienische und die französische KP in der Krise des Kommunismus (1964–1968)], Napoli 2014.

III. Die Konferenzen westeuropäischer kommunistischer Parteien in den 1960er-Jahren

Ausgehend von der nach 1956 aufgekommenen Orientierung vieler westeuropäischer KPs an einem nationalen Weg zum Sozialismus (dem sich auch die KPÖ 1958 verschrieb) erfolgte 1959 ein erster Versuch, eine Beratungsplattform für die Parteien zu schaffen, die in ihren Ländern vor ähnlichen Problemen standen. Keinesfalls wollte man sich damit in Widerspruch zur Moskauer Linie begeben,²⁶ dafür hatte schon die Haltung des PCF gesorgt, der die Betonung der »Einheit der Bewegung« zu einer Grundbedingung für das Stattfinden der Konferenz gemacht hatte.²⁷ Dennoch war dies ein Schritt, der die Autonomie der einzelnen westeuropäischen KPs herausstrich. Eine dauerhafte Etablierung dieser Plattform erfolgte aber nicht. In den Folgejahren kam es mit der Reaktivierung der Polyzentrismus-These durch den PCI ab 1961 zunächst zu einer Intensivierung der bilateralen Kontakte zwischen PCF und PCI, die insbesondere auf eine gemeinsame Haltung gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beziehungsweise eine Koordinierung der jeweiligen nationalen Politiken gegenüber der europäischen Integration abzielten.²⁸ Diese Treffen wurden einstweilen um die KPs der übrigen EWG-Mitgliedsstaaten erweitert und in Kontinuität zur Romer Konferenz des Jahres 1959 gesehen. Trotz einer gewissen Zurückhaltung des PCF (der u. a. mit Blick auf China Bedenken hinsichtlich des Entstehens regionaler Zentren äußerte),²⁹ bildeten diese Treffen den Ausgangspunkt für die Initiative zu einer erneuten Konferenz aller westeuropäischen KPs.³⁰ Erste Vorbereitungstreffen erfolgten bereits 1963.³¹ Ende 1964 fand ein weiteres Treffen der KPs des EWG-Raums in Ostende statt, wo die Italiener erneut die Notwendigkeit einer Konferenz der westeuropäischen KPs betonten.³² Die EWG-Dimension stand daher folgerichtig im Zentrum der bisherigen Forschungen, was dem Gehalt dieser Interaktionen aber nicht gerecht wird. Mit Blick auf PCI und PCF hält Maud Bracke fest, dass diese Treffen vor allem taktische Gründe hatten und bisher

26 Für den gemeinsam beschlossenen Aufruf siehe Weg und Ziel 18 (1960), H. 1, S. 65–72.

27 Siehe Sitzungen des Politbüros des PCF, 21. Mai 1959 und 12. November 1959, Archives de Parti communiste Français/Archiv der Kommunistischen Partei Frankreichs (im Folgenden: APCF), Archives Départementales de la Seine Saint Denis, Paris, Bureau Politique 2 Num_4/3, 1955–1959.

28 Siehe Informazione sull'incontro di Parigi col P.C.F. sulla conferenza dei P. sul M.E.C. [Information über das Pariser Treffen mit dem PCF über die Konferenz der Parteien des Gemeinsamen Marktes], 19.–21. März 1962, gez. Emilio Sereni, APCI, MF 503, p. 749–750.

29 Siehe Rapport à la conférence des P.C. du marché commun [Bericht bei der Konferenz der KPs des Gemeinsamen Marktes], Pierre Joye, Brüssel, 4. März 1963, APCI, MF 493, p. 831–853; Riservata! [Geheim!] Informazione sommaria sulla riunione di Bruxelles nei giorni 4–6 Marzo sui problemi del MEC [Information über das Brüsseler Treffen in den Tagen vom 4.–6. März über die Probleme des Gemeinsamen Europäischen Marktes], 25. März 1963, APCI, MF 493, p. 865–870.

30 Im Juli 1963 trugen PCI und PCF diese Idee in einem gemeinsamen Schreiben an alle westeuropäischen KPs heran. Siehe APCI, MF 493, p. 872–875.

31 Im September in Paris und im Oktober in Stockholm, APCI, MF 493, p. 876 und p. 879.

32 Siehe Informazione sulla riunione dei sei partiti dei paesi del MEC [Information über das Treffen der sechs Parteien der Länder des Gemeinsamen Europäischen Marktes], Ostende, 1.–2. Dezember 1964, APCI, MF 520, p. 3162–3172.

fälschlicherweise als den Interessen der KPdSU zuwiderlaufend missverstanden wurden – auch wenn den östlichen KPs eine gewisse Skepsis nicht abgesprochen werden kann. Diese Treffen waren nicht nur Ausdruck für Polyzentrismus und Autonomie, sondern fungierten insbesondere aus Sicht des PCF eben auch als Mittel, um »zentrifugalen Tendenzen in der Weltbewegung« entgegenzuwirken.³³

Die KPdSU hatte seit dem endgültigen Bruch mit der chinesischen KP auf eine erneute Weltkonferenz zum Zwecke einer Abrechnung mit Peking gedrängt. Anders als der PCF, dessen Haltung sich erst Mitte der 1960er-Jahre wandelte, hatte sich der PCI dem entgegengestellt. Anfang 1965 vollzogen die italienischen Kommunisten insofern eine Wendung, als sie eine erneute internationale Konferenz nicht mehr grundsätzlich ablehnten, sondern betonten, dass nur der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei. Der Preis für eine baldige internationale Beratung war allerdings die Ausklammerung der »chinesischen Frage«.³⁴ Anfang März 1965 gelang es, 19 der bedeutendsten KPs in Moskau zu einer Beratung zu versammeln. Der Vertreter des PCI, Enrico Berlinguer, gestaltete seinen Redebeitrag als Plädoyer für den Polyzentrismus und ein *allargamento*. Schlussendlich war der PCI nach heftiger Diskussion in der Parteiführung bereit, zugunsten der »Einheit der Bewegung« das Kommuniqué mitzuunterzeichnen, in dem jedoch nur von der »Durchführung« und nicht von der »Einberufung« einer Weltkonferenz gesprochen wurde. Zudem bestanden die italienischen Kommunisten darauf, dass ihre abweichenden Auffassungen im (unveröffentlichten) Protokoll vermerkt würden. Berlinguer hatte in seinen Darlegungen auch die Notwendigkeit multilateraler Treffen betont und dabei die gemeinsame Analyse nationaler Probleme im westeuropäischen Kontext hervorgehoben.³⁵

Im Juni 1965 fand in Brüssel ein erneutes Treffen der westeuropäischen KPs statt. Auf diesem standen eher klassische Themen wie die Frage der kollektiven Sicherheit und die Solidarität mit Vietnam sowie den verbotenen Bruderparteien im Vordergrund – diesbezüglich herrschte große Übereinstimmung. Dennoch zeigten sich Divergenzen unter den westeuropäischen KPs. Der PCI nahm Marek und seine Haltung zu den italienischen Positionen positiv wahr; fortan intensivierte sich der Austausch, und nicht zufällig wurde die KPÖ damit beauftragt, die nächste Konferenz der westeuropäischen KPs zu organisieren.³⁶ Der dafür verantwortliche Marek war bestrebt, eine reformkommunistische Diskussion auf europäischer Ebene zu entfachen. Die Wiener Konferenz 1966 war ausdrücklich als

33 Bracke: Which Socialism, Whose Détente? (Anm. 3), S. 89.

34 Ebd., S. 87.

35 Siehe Sitzung des SED-Politbüros, 11. März 1965, SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/1084; Die Sicht des PCF entsprach weitgehend jener der SED. Siehe Sitzung des PCF-Politbüros, 11. März 1965, APCF, Bureau Politique 2 Num_4/5, 1964–1972. Zur Diskussion in der Führung des PCI siehe Sitzung der Direktion des PCI, 12. Februar 1965 (3), APCI, Direzione, 29, p. 569–580; Sitzung der Direktion des PCI, 2. März 1965, APCI, Direzione, 29, p. 581–590; Sitzung der Direktion des PCI, 8. März 1965, APCI, Direzione, 29, p. 608–623.

36 Siehe Nota sulla Conferenza dei Partiti Comunisti dei paesi capitalisti d'Europa [Notiz über die Konferenz der KPs der kapitalistischen Länder Europas], APCI, MF 528, p. 1097–1118; Information de Guyot sur la conférence de Bruxelles [Information von Guyot über die Konferenz von Brüssel], Politbüro, 24. Juni 1965], APCF, Bureau Politique 2 Num_4/5, 1964–1972.

»Diskussionskonferenz« ohne Beschlüsse konzipiert und sollte dem Austausch über Erfahrungen und Probleme der jeweiligen Parteien mit der »Aktionseinheit« (also dem Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialisten) und im »Kampf gegen die Monopole« dienen. Der weiterreichende Wunsch der österreichischen Veranstalter, die Konferenz öffentlich durchzuführen, war noch nicht umsetzbar.³⁷ Das Treffen von Wien zeigte zudem, dass der beabsichtigte Verzicht auf außen- und weltpolitische Fragen im Rahmen einer solchen Konferenz nicht möglich war. Am Vorabend der Konferenz hatten PCI und PCF in San Remo erneut ihre zukünftige EWG-Politik diskutiert. Dem PCI gelang es zwar, den PCF theoretisch davon zu überzeugen, dass der Kampf von innen heraus zu führen sei – ein gemeinsames Statement kam aber nicht zustande.³⁸

Wie der PCI vermerkte, forderte Marek in seinem Eingangsreferat, das viele Entwicklungen des »Eurokommunismus« der 1970er-Jahre vorwegnahm, offen dazu auf, nicht nur Berichte zur jeweiligen nationalen Lage vorzutragen, sondern allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung in Westeuropa zu diskutieren. Dies gelang zum Bedauern des PCI nicht. Dennoch wurde es positiv gesehen, dass sich nun mehrere Parteien für die Frage der richtigen Strategie in Westeuropa interessierten, das Verhältnis von »Demokratie und Sozialismus« diskutierten und für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft eintraten. Als Lehre aus Wien stand fest, dass künftige Treffen einer besseren Vorbereitung und eines konkreteren thematischen Fokus bedürften. Parteichef Luigi Longo gab die Devise aus, entsprechende Bemühungen fortzusetzen, und vertrat diese Ansicht auch in der Sowjetunion. Marek stand beim PCI nun hoch im Kurs, den italienischen Kommunisten war aber nicht verborgen geblieben, dass sich in der KPÖ Widerstand gegen die neue Parteilinie regte. Marek hatte erneut den »Anschauungsunterricht« eingefordert und war der Überzeugung, dass der Dialog mit Katholiken und Sozialisten in Westeuropa nur möglich sei, wenn entsprechende Demokratiedefizite in den sozialistischen Staaten offen angesprochen würden. Dagegen hatte Raymond Guyot (PCF) polemisiert;³⁹ KPD und SED beklagten sich darüber im Nachhinein bei

37 KPÖ (Muhri) an PCI, 5. August 1965, (siamo d'accordo [Wir sind einverstanden]), APCI, MF 520, p. 1972; Nota per la Segreteria. Situazione relativa alla proposta del P.C. Austriaco per una conferenza sulla unità d'azione e la lotta contro i monopoli [Notiz für das Sekretariat. Einschätzung zum Vorschlag der österreichischen KP für eine Konferenz über die Aktionseinheit und den Kampf gegen die Monopole], Rom, 7. Oktober 1965, APCI, MF 520, p. 1793–1974; Sulla Conferenza dei Partiti Comunisti dell'Europa occidentale proposta dal P.C. Austriaco. Nota sulla Riunione Preparatoria [Über die von der österreichischen KP vorgeschlagene Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas. Notiz über das Vorbereitungstreffen], [Wien, 17. Dezember 1965], APCI, MF 520, p. 1801–1802; Verbale sommario sullo svolgimento della riunione di Vienna [Zusammenfassende Niederschrift über die Abhaltung des Treffens von Wien], APCI, MF 520, p. 1803–1806.

38 Maud Bracke: From the Atlantic to the Urals? Italian and French communism and the question of Europe, 1956–1973, *Journal of European Integration History* 13 (2007), H. 2, S. 33–53, hier S. 44 f.

39 Siehe Informazione sull'incontro dei partiti comunisti dell'Europa occidentale/Information über das Treffen der kommunistischen Parteien Westeuropas (Wien, 9.–11. Mai 1966), Ugo Pecchioli, APCI, MF 537, p. 1044–1048; Sitzung der Direktion des PCI, 13. Mai 1966 (7), APCI, Direzione, 18, p. 628–658; Sitzung der Direktion des PCI, 7. September 1966 (13), APCI, Direzione, 18, p. 740–814; Franz Marek: Die Wiener Konferenz, in: *Weg und Ziel* 24 (1966), H. 7/8, S. 362–368.

der KPÖ.⁴⁰ Die SED sprach in dieser Zeit von »bürgerlichen Einflüssen« in der »Weltbewegung«. Hier standen insbesondere der PCI, mit Abstrichen der PCF und von den kleineren Parteien zuvorderst die KPÖ, aber auch die niederländischen und die schwedischen Kommunisten unter argwöhnischer Beobachtung.⁴¹ Kritik an den sozialistischen Staaten war weiterhin unerwünscht, aber die Wiener Konferenz hatte auch ein für die regierenden Staatsparteien erfreuliches Resultat gezeitigt.

Seit einigen Jahren war die seitens der Sowjetunion propagierte europäische Sicherheitskonferenz unter den westeuropäischen KPs ein Thema gewesen, eine gemeinsame Initiative aber ausgeblieben.⁴² Diese erfolgte just als direktes Resultat der Wiener Konferenz. Die KPD – in diesem Zusammenhang durchaus als östlicher Agent zu sehen – hatte den Tagesordnungspunkt in einer Konferenzpause nachdrücklich auf die Agenda gesetzt.⁴³ Statt zu einem intensiveren, institutionalisierteren Austausch der westeuropäischen KPs, führte die Wiener Konferenz nach Karlovy Vary. Dort zeigten sich 1967 dann deutliche Divergenzen unter den westlichen KPs hinsichtlich der Bewertung der »neuen Ostpolitik« und der Frage, wie man darauf reagieren sollte. Während sich beispielsweise der PCI und in dessen Gefolge die spanischen und österreichischen Kommunisten für eine positive Antwort in Richtung Bonn aussprachen, opponierte der PCF vehement dagegen.⁴⁴ Die Zeit war noch nicht reif für gemeinsame »eurokommunistische« Aktionen, wie sie ab Mitte der 1970er-Jahre trotz des Fortbestehens der Diversität der KPs folgen sollten – das Jahr 1968 machte dies schließlich überdeutlich. Jedoch waren dichtere Netzwerke entstanden, die den Ideen- und Informationstransfer beschleunigten – auch dies wurde 1968 offensichtlich.

IV. 1968 und die Folgen für die KPÖ sowie die Entwicklung des »Eurokommunismus«

Der Anfang des Jahres 1968 stand ganz im Zeichen des Vietnamkrieges und der Tet-Offensive des Vietcongs. Die diesbezügliche Solidarität einte östliche und westliche KPs und auch ein weiteres linkes Spektrum, das 1968 so massiv in Erscheinung treten sollte. Die »Weltbewegung« arbeitete jedoch an ganz anderen Fragen, als jenen, die die bisher ungeschriebene Geschichte des facettenreichen kommunistischen »1968« ausmachen

40 Siehe Sitzung des SED-Politbüros, 24. Mai 1966, SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/1059, Bl. 2; Max Reimann (für das ZK der KPD) an das ZK der KPÖ, Juni 1966, Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte im Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Nachlass 40 (Josef Lauscher), DO 167.

41 Bürgerliche Einflüsse in der kommunistischen Weltbewegung, Berlin, 29. Juni 1966, SAPMO-BArch DY 30/11775, Bl. 1–24.

42 Siehe Information de Guyot sur la conference de Bruxelles [Information von Guyot über die Konferenz von Brüssel], Politbüro, 24. Juni 1965 und Politbüro, 2. Dezember 1965, APCF, Bureau Politique 2 Num_4/5, 1964–1972.

43 Notizen zu Wien, 16. Mai 1966, SAPMO-BArch DY 30/11774.

44 Siehe Bracke: From the Atlantic to the Urals? (Anm. 38), S. 33–53, hier S. 44f.

sollten. Just in diesem Jahr schien der lang gehegte sowjetische Wunsch nach einer neuen Weltkonferenz in Erfüllung zu gehen. Infolge eines von 18 KPs im November 1967 beschlossenen Aufrufs trafen Ende Februar/Anfang März 1968 65 KPs in Budapest zu einem Konsultativtreffen zusammen und verständigten sich (trotz Bedenken seitens des PCI und der Briten) auf die Einberufung einer internationalen Beratung. Lediglich die rumänische Delegation hatte in Budapest für einen Eklat gesorgt, indem sie nach Kritik an ihrer intransigenten Haltung einfach abreiste. Dennoch standen die Vorzeichen für die Realisierung der Beratung Ende des Jahres in Moskau gut⁴⁵ – in den folgenden turbulenten Monaten sollte sich dies jedoch bald wieder ändern.

Der »Prager Frühling« nahm rasch Fahrt auf und der zu Jahresbeginn abgelöste Erste Sekretär der tschechoslowakischen KP (KSC) Antonín Novotný erlebte eine vollständige Demontage. Die neue Führung beschloss ein »Aktionsprogramm« und verabschiedete sich von der Zensur. Bereits zuvor hatte am 23. März in Dresden ein erstes Treffen der sogenannten Bruderparteien stattgefunden, auf dem die Lage in der Tschechoslowakei besprochen wurde. Walter Ulbricht griff die Entwicklungen in der ČSSR scharf an und bezeichnete diese als »konterrevolutionär«. Die Formierung der späteren Interventionskoalition hatte begonnen.⁴⁶ Parallel dazu entschloss sich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) zu ihrer »Anti-Zionismus-Kampagne«, die offen antisemitisch war, die jüdische Intelligenz ihrer Existenz beraubte und ihren Exodus zur Folge hatte. Der Aufschrei im Westen war enorm.⁴⁷ Unter diesen Vorzeichen fand Ende April in Budapest die erste Sitzung der Vorbereitungskommission für die internationale Beratung am 25. November 1968 in Moskau statt. Aus Sicht der SED war insbesondere der PCI für die aufgetretenen Probleme verantwortlich. Delegationsleiter Carlo Galluzzi war – laut SED-Bericht – »außerordentlich anmaßend und herausfordernd« aufgetreten, hatte die Beschlüsse des Konsultativtreffens infrage gestellt und die Entwicklung in den sozialistischen Ländern hinterfragt. Weitere westeuropäische KPs vertraten »abwartende und schwankende Positionen«. Die Haltung der KSC wurde als »versöhnlerisch« und als »faktische Unterstützung« des PCI gewertet. Gegen dessen Haltung waren mehrere KPs offen aufgetreten, der polnische Vertreter Zenon Kliszko ließ sich »[a]uf Grund des provokatorischen Auftretens des Leiters der italienischen Delegation [...] zu einer äußerst heftigen Reaktion« hinreißen.⁴⁸ Er attackierte Galluzzi, warf dem PCI vor, in der *L'Unità* gegen das polnische Regime anzuschreiben, und brüllte: »Wir sollten uns untereinander nicht wie »Jesuiten« verhalten.« Daraufhin verließ die italienische Delegation den Saal.⁴⁹ Schon 1965 waren PVAP und PCI in

45 Siehe Sitzung des SED-Politbüros, 19. März 1968, SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/1286.

46 Siehe Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung. Bremen 1995, S. 34–45; Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke: Die SED und der »Prager Frühling« 1968. Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, Berlin 1996.

47 Siehe Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 312–315.

48 Sitzung des SED-Politbüros, 30. April 1968, SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/1298, Bl. 1–17.

49 Relazione della delegazione Italiana alla Commissione preparatoria della Conferenza mondiale dei partiti comunisti e operai [Bericht der italienischen Delegation bei der vorbereitenden Kommission der Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien], gez. Luciano Gruppi, Michele Rossi, Rom, 2. Mai 1968, APCI, MF 552, p. 672–678.

Moskau erstmals aneinandergeraten. Die Krise in den Parteibeziehungen verschärfte sich in den Folgejahren weiter. Dies dürfte daran gelegen haben, dass zum einen die PVAP italienische Einflüsse auf ihre Nachwuchskader fürchtete und zum anderen der vom PCI verfolgte Dialog von Katholiken und Kommunisten von der polnischen Staatspartei aus innenpolitischen Gründen grundsätzlich abgelehnt wurde.⁵⁰ Als man im Juni 1968 versuchte, sich bilateral über die bestehenden tiefen Divergenzen zwischen den beiden Parteien auszutauschen, kam dabei nur sehr wenig heraus. Vielmehr verstärkte sich der Eindruck eines offenen Antisemitismus.⁵¹ Longo ließ sich von Marek persönlich über die Lage in Polen unterrichten,⁵² der PCI scheute im Weiteren aber davor zurück, einschlägige Materialien des kulturpolitischen Organs der KPÖ, das sich bereits weitgehend der Parteikontrolle entzogen hatte, zu übernehmen.⁵³

In der Zwischenzeit hatte sich auch der innerparteiliche Konflikt in der KPÖ zuspitzt. Der Reformweg geriet ab den Wahlen 1966, als man den Wiedereinzug ins österreichische Parlament verpasste, sowohl innerhalb der Partei als auch durch die östlichen Bruderparteien immer stärker unter Beschuss.⁵⁴ Der offene Ausbruch des Konflikts erfolgte aber erst 1968. Nachdem die Entwicklungen in der Tschechoslowakei nach 1945 den österreichischen Kommunisten mehr geschadet als geholfen hatten, wurde das Reformprojekt des Jahres 1968 in der österreichischen Öffentlichkeit mehrheitlich mit großer Sympathie verfolgt. Die KPÖ-Reformer sahen sich durch die Entwicklung jenseits der Grenze in ihrem Weg bestätigt. Die Partei hatte das Aktionsprogramm der KSČ in deutscher Sprache herausgegeben und in großer Zahl verteilt. Marek, der immer wieder die Mängel im »Anschauungsunterricht« der sozialistischen Länder kritisiert hatte, erblickte im Prager Frühling die »bedeutendste Lektion dieses Anschauungsunterrichts in den letzten Jahren« und bezeichnete ihn als den »wichtigste[n] und entscheidendste[n] Beitrag zu der nun schon seit Jahren laufenden Diskussion über »Demokratie und Sozialismus«.⁵⁵ Innerhalb der Partei brodelte es aber hinsichtlich der Bewertung des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Offenkundig wurde dies bereits Anfang Februar, als Reformgegner einen im Klubraum der Parteizentrale angesetzten Vortrag des aus der KSČ ausgeschlossenen Schriftstellers Antonín Liehm über die Lage der Intellektuellen in der Tschechoslowakei durch ihr aggressives Auftreten verhinderten und die Verlegung in eine Privatwohnung erzwangen.⁵⁶ Die Gegensätze sollten sich bis zum August 1968 stärker ausprägen und danach offen ausbrechen.

50 Siehe die Überlieferung, APCI, MF 536, p. 2632–2852.

51 Siehe Nota informativa sulle conversazioni politiche avute a Varsavia da A. Pecorari fra il 4 ed el 10 giugno (par la Sezione esteri) [Informative Notiz über die politischen Gespräche, die A. Pecorari zwischen 4. und 10. Januar in Warschau geführt hat (für die Auslandsabteilung)], APCI, MF 552, p. 2185–2187.

52 Siehe Marek: Erinnerungen, DÖW (Anm. 11), Bl. 125.

53 Siehe Bruno Schacherl (Il Contemporaneo) an Politisches Büro des PCI, Rom, 10. Mai 1968, APCI, MF 552, p. 2167–2182.

54 Siehe Spira: Versuch (Anm. 22), S. 67–70; Marek: Erinnerungen, DÖW (Anm. 11), Bl. 110 f.

55 Editorial. Demokratie und Sozialismus, in: Weg und Ziel, 25 (1968), H. 5, S. 215 f.

56 Siehe Mugrauer: »Prager Frühling« (Anm. 22), S. 1046; Spira: Versuch (Anm. 22), S. 80 f.

Der PCI hatte den Prager Frühling analog zur KPÖ anfänglich als ein für die westeuropäischen KPs nützliches Beispiel des demokratischen Sozialismus begrüßt – natürlich auch im Hinblick auf die Auswirkungen in der heimischen Politik. Die relativ einheitlich positive parteiinterne Wertung schwächte sich mit dem Erscheinen des »Manifests der 2000 Worte« ab. Innerhalb der PCF-Führung war die Bewertung von Anfang an uneinheitlich, die Haltung der Parteiführung ließ diese nach außen hin aber ähnlich positiv erscheinen. Die Erfahrungen des Pariser Mai führten zu mehr Zurückhaltung. Etwa ab Juni wurden die tschechoslowakischen Entwicklungen der offenen Krise der »Weltbewegung« untergeordnet, der PCI spielte nun seinen Enthusiasmus herunter, während der PCF im Rahmen der Parteikontakte mit Prag und Moskau darauf hinarbeitete, eine Intervention zu verhindern. Dies war letztendlich nicht von Erfolg gekrönt und sowohl der PCI als auch der PCF verurteilten den Einmarsch in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 scharf. Dieser konterkarierte ihre Vorstellungen von der Détente und musste im Westen entsprechende innenpolitische Folgen haben. Der erneute Schlag gegen einen anderen Weg zum Sozialismus führte auch zu innerparteilichen Problemen, da sowohl die Intervention als auch ihre Verurteilung die Identität und die Einheit der beiden Parteien herausforderten.⁵⁷ Dies galt in noch dramatischerer Weise für die KPÖ, die den Einmarsch ausdrücklich verurteilt hatte.⁵⁸ Fischer rief sogar zum Bruch mit der sowjetischen Führung auf – eine Extremposition, die für die Mehrheit der KPÖ-Mitglieder nicht tragbar war und auch vom PCI abgelehnt wurde.⁵⁹

Nach der Verurteilung der Intervention rief die KPÖ zu einer Konferenz der westeuropäischen KPs auf. Dies entsprach den seit Jahren verfolgten internationalen Bestrebungen der Reformer um Marek. Der Aufruf der KPÖ verhallte schließlich ungehört, da die KPdSU massiv gegen die Konferenz auftrat und in PCI und PCF keine einheitliche Meinung dazu vorhanden war. Bereits am Tag der Intervention herrschte faktisch Übereinstimmung, dass es keine konzertierte Aktion der beiden Parteien geben sollte. Demnach stand die Chance für eine von der KPÖ angestrebte gemeinsame Erklärung der westeuropäischen KPs von Anfang an schlecht. Die Führung der italienischen Kommunisten diskutierte die Frage erstmals in einer Sitzung am 23. August. Dort kamen drei divergierende Positionen zum Ausdruck: eine eher ablehnende, eine »minimalistische«, die zwar Interesse bekundete, in der Konferenz aber nur ein Druckmittel innerhalb der »Weltbewegung« sehen wollte (und auch im PCF vorhanden gewesen sein dürfte), und eine insbesondere von Galluzzi und Berlinguer vertretene »maximalistische«, die darin

57 Siehe Bracke: *Which Socialism, Whose Détente?* (Anm. 3), S. 148–182 u. 209–232.

58 Am 21. August erklärte das Politische Büro der KPÖ, die Intervention zu missbilligen. Eine am 22. August einberufene ZK-Sitzung machte auf Vorschlag Fischers aus der »Missbilligung« eine eindeutige »Verurteilung«. Diese Positionierung war mit Sicherheit durch das urlaubsbedingte Fehlen einiger eindeutig konservativer ZK-Mitglieder bedingt. Siehe dazu Mugrauer: »Prager Frühling« (Anm. 22), S. 1046f.; Spira: Versuch (Anm. 22), S. 89–99; Josef Meisel: *Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970*, Wien 1986, S. 184–195; Erwin Scharf: *Ich hab's gewagt mit Sinnen ... Entscheidungen im antifaschistischen Widerstand. Erlebnisse in der politischen Konfrontation*, Wien 1988, S. 263–267, insbesondere S. 263f.

59 Siehe *Informazione sul P.C. austriaco*/Information über die österreichische KP, Dino Pelliccia, 31. Oktober 1968, APCI, MF 552, p. 96.

ausdrücklich eine Chance auf Veränderung in der Bewegung sahen.⁶⁰ Die Tatsache, dass Berlinguer in besagter Sitzung zweimal auf den Vorschlag der KPÖ zurückkam, deutete die Richtung an, in die sich der PCI langfristig unter seiner Führung entwickeln sollte. Zunächst wollte man aber nichts überhasten und forcierte die bilateralen Kontakte zu anderen KPs – nicht nur den westeuropäischen, sondern auch zu den rumänischen und jugoslawischen.⁶¹ Marek fuhr Mitte September 1968 erneut nach Rom, um die italienischen Kommunisten für die Konferenzidee zu gewinnen. Gemeinsam mit Muhri vertrat er die Ansicht, dass die innerparteiliche Konfrontation in der KPÖ noch kontrollierbar sei und bekundete Unterstützung für die Position des PCI. Nachdrücklich betonten sie, dass eine westeuropäische Konferenz rasch durchgeführt werden sollte. Sie mussten den Italienern aber beipflichten, dass eine seriöse Vorbereitung nötig sei und gewiss die KPs der anderen kapitalistischen Staaten einbezogen werden müssten,⁶² unter denen aber keine Mehrheit für die Konferenz vorhanden war.

Entscheidend war zudem die Tatsache, dass Moskau von Anfang an öffentlich vehement gegen die Idee auftrat. Als die Diskussionen darüber nicht verstummten, wurde die Haltung der KPdSU in bilateralen Treffen klargestellt. Gegenüber dem PCI wurde betont, dass man diese Positionen »nicht akzeptieren« könne, da sie zu weiteren unüberwindbaren Gegensätzen führen würden. Ausdrücklich wurde auf das Engagement der KPÖ verwiesen, das Fehlen eines Dementis durch den PCI angeprangert und angesichts des Echos der Idee in der »bürgerlichen Presse« ganz generell infrage gestellt, was der PCI durch derartige Aktionen, worunter auch die bilateralen Treffen mit den rumänischen und jugoslawischen Staatsparteien fielen, beabsichtige. Zudem wurde ein Brief des sowjetischen Politbüros angekündigt,⁶³ der wenig später erneut vor einem Eingehen auf den österreichischen Vorschlag warnte und dazu aufforderte, die »Spekulationen« über eine Regionalkonferenz zu beenden.⁶⁴ Im Endeffekt schlossen sich die Italiener der ablehnenden Haltung der französischen Kommunisten an.⁶⁵ Der Vorstoß der KPÖ ging ihnen zu weit und hätte der Position von PCI und PCF in der »Weltbewegung« in unkalkulierbarer Weise abträglich sein können.

60 Siehe Bracke: *Which Socialism, Whose Détente?* (Anm. 3), S. 251–254; Mugrauer: »Prager Frühling« (Anm. 23), S. 1048 f.

61 Siehe Sitzung der Direktion des PCI, 23. August 1968 (16), APCI, Direzione, 20, fol. 939–1037.

62 Incontro del compagno Galluzzi con il presidente del Partito comunista austriaco e con il compagno Marek, membro dell'Ufficio Politico [Treffen des Genossen Galluzzi mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Österreichs und dem Genossen Marek, Mitglied des Politischen Büros], 16. September 1968, APCI, MF 552, p. 94; Marek: *Erinnerungen*, DÖW (Anm. 11), Bl. 114.

63 Die schärfsten westlichen kommunistischen Interventionsgegner, Fischer sowie der schwedische KP-Chef Carl-Henrik Hermansson, wurden in diesem Gespräch als »Sozialdemokraten« bezeichnet. Sitzung der Direktion des PCI, 18. September 1968 (17), APCI, Direzione, 20, p. 939–1037.

64 Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPdSU vom 11. Oktober 1968, Beschluss Nr. 23: »Zu den Telegrammen an die Führungen der österreichischen und der französischen kommunistischen Partei«; Beilage 2: Schreiben an den sowjetischen Botschafter in Paris, Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii/Russisches Staatsarchiv für Neuere Geschichte, Fond 3, opis' 72, delo 210, Kopie im Archiv des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz.

65 Im Oktober wurde der KPÖ die ablehnende Haltung des PCF erneut mitgeteilt. Politbüro des PCF, 10. Oktober 1968, APCF Bureau Politique 2 Num_4/5, 1964–1972.

Im weiteren Verlauf des Herbsts 1968 erfolgte stattdessen eine graduelle Wiederannäherung an die KPdSU und eine Neuaufstellung der »Weltbewegung«. Dies führte nicht zur Rücknahme der Missbilligung der Intervention durch PCI und PCF, hatte aber die Hinnahme des »Normalisierungsprozesses« in der Tschechoslowakei zur Folge. Um ein gemeinsames Auskommen in der »Weltbewegung« zu ermöglichen, musste 1968 künftig tabuisiert und gewisse Aspekte der innenpolitischen Ausrichtung von PCI und PCF aus der Diskussion mit den Sowjets ausgeklammert werden. Während der PCI ein größeres Ausmaß an Autonomie behaupten konnte, durchlief der PCF zwischen 1968 und 1970 de facto ebenfalls einen »Normalisierungsprozess«, der mit einem Wechsel der Parteiführung und einer »Säuberung« der Partei von kritischen Intellektuellen einherging. Die Tatsache, dass es zusammen mit den rumänischen Kommunisten gelungen war, die Moskauer Weltkonferenz bis Juni 1969 aufzuschieben, stellte einen Pyrrhussieg dar. Dadurch hatte die KPdSU Zeit gewonnen, um nicht nur den PCF und in geringerem Ausmaß den PCI – der nur eine der drei Sektionen des Moskauer Hauptdokuments unterzeichnete – wieder stärker einzubinden, sondern auch weitere dissidente Parteien erneut auf Linie zu bringen.⁶⁶ Das markanteste Beispiel dafür war die KPÖ, die am lautesten gegen den Einmarsch protestiert hatte und am vehementesten für eine westeuropäische Regionalkonferenz eingetreten war. Die SED hatte den Reformweg der KPÖ am intensivsten bekämpft und war zudem über die Bestrebungen der Reformgegner informiert, diesen auf einem außerordentlichen Parteitag Anfang 1969 zu beenden. Den entscheidenden Ausschlag dürfte aber dennoch die KPdSU gegeben haben, die im Herbst nach den bilateralen Treffen mit PCF und PCI auch die KPÖ nach Moskau lud. Seitens der Reformer wurden die dort erzielten Vereinbarungen als »Umfaller« gewertet, auch wenn die Auswirkungen erst sukzessive sichtbar werden sollten und die volle »Normalisierung« der Kleinpartei in östlicher Sicht bis zur Rücknahme der Verurteilung der Intervention im Jahr 1971 dauerte.⁶⁷

V. Schlussbetrachtung

Die Folgen des Jahres 1968 hatten dem »Austro-Eurokommunismus« den Todesstoß versetzt. Maud Bracke hält in ihrem mehrfach zitierten Werk mit Blick auf den »Eurokommunismus« abschließend fest: »The invasion, the subsequent realignment of the communist world and the static détente that came about, all prevented the West European communist cluster from developing into an actual strategic alliance. It is in this sense that 1968 marked the end rather than the start of Eurocommunism: the events of 1968 indicated the limits of domestic or intra-bloc dissent in terms of changing bloc strategies and internal organization.«⁶⁸ Auch wenn der Autor dieses Beitrags nicht ganz so weit gehen würde, so ist die Argumentation zutreffend, denn die Diversität des Mitte der

66 Siehe Bracke: Which Socialism, Whose Détente? (Anm. 3), S. 264f.

67 Siehe Graf: The Rise and Fall (Anm. 4), S. 214–216.

68 Bracke: Which Socialism, Whose Détente? (Anm. 3), S. 372.

1970er-Jahre aufkommenden »Eurokommunismus«, der diesmal tatsächlich zu einem regionalen Machtfaktor der Bewegung wurde, trug erheblich zu dessen Niedergang am Ende des Jahrzehnts bei. Dabei spielten die sich zwar verändernden, aber dennoch bereits in den 1960er-Jahren vorhandenen Differenzen eine zentrale Rolle. Viele der in den 1970er-Jahren geführten Diskussionen gehen auf Debatten zurück, die in den 1960er-Jahren im nationalen Rahmen und innerhalb der westeuropäischen Netzwerke begonnen hatten. Einige der daran beteiligten Akteure avancierten zu führenden Protagonisten und Denkern des »Eurokommunismus«. Die Kritik an den sozialistischen Staaten und der Sowjetunion geht ebenfalls auf die 1960er-Jahre zurück. Viele der schärfsten Kritiker mussten sich nach 1968 entweder der jeweiligen Parteilinie unterordnen oder wurden ausgeschlossen. Ähnliches galt auch für jene, die am stärksten auf eine Veränderung der »Weltbewegung« von innen abgezielt hatten, die prominente Ausnahme Berlinguer bestätigt die Regel. Daher erscheint eine intensivere Diskussion über die Wurzeln des »Eurokommunismus«, d.h. der Reformkommunismen mit all ihren transnationalen Wechselwirkungen und Transfers in den 1960er-Jahren in gesamteuropäischer Perspektive, erstrebenswert. Dabei gilt es, die Fixierung auf die größten westeuropäischen KPs – PCI und PCF – zu überwinden. Wie reagierten die kleineren KPs auf die Entwicklungen in Osteuropa, wie partizipierten sie an den Diskussionen in Westeuropa und über den Eisernen Vorhang hinweg und wie wirkte ihr Verhalten auf die größeren westlichen KPs im realpolitischen wie im intellektuellen Austausch? Zwar spielte die nationale Bedeutung einer KP stets eine Rolle, für die Ideengeschichte – der die Reformkommunismen zuzurechnen sind – kann sie aber keine heranzuziehende Kategorie darstellen. Die Rolle der später aus der österreichischen Zwergpartei ausgeschlossenen Denker wie Fischer und Marek sollte Beleg genug dafür sein. Diese hatten tatsächlich einen »Frühstart des Eurokommunismus« hingelegt, der im westeuropäischen Maßstab noch keinesfalls konsensfähig gewesen war, wie sich 1968 herauskristallisieren sollte.